

ARCHIV  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Vorlage

LEIH Exemplar

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**10/313-1**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem Landesjugendplan, wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

## Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 15. Januar, 22. Januar und 19. Februar 1986 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/210 und 10/214
--------------------------------------------------------------------------------	----------------------

Als Zuschriften sind eingegangen:

Caritasverband für das Bistum Essen e.V.	10/231
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	10/238 und 10/300
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsver- band, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Wuppertal	10/257 und 10/273
Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	10/264
Caritasverband für die Diözese Münster e.V., Münster	10/295
Arbeiterwohlfahrt, Landesarbeitsgemein- schaft NW, Bielefeld	10/301

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 19. Februar 1986 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den Landesjugendplan - ab.

#### Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 19. Februar 1986 über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 36. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 010</u>	- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<u>Titel 531 00</u>	- Öffentlichkeitsarbeit

den Ansatz von 140 000 DM um 14 000 DM auf 126 000 DM zur kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

2. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 684 10</u>	- Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH

den Ansatz von 900 000 DM um 900 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 300 000 DM um 300 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Die Tätigkeit der genannten Gesellschaft sei nicht ausreichend beschrieben und begründet. Der Beratungsbedarf könne zudem bei bestehenden Einrichtungen gedeckt werden. Aus diesem Grunde sei eine Streichung des Ansatzes vertretbar. Statt dessen sollten die entsprechenden Beratungsaktivitäten der freien Verbände gefördert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 684 20</u>	- Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

den Ansatz von 2 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 3 000 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 831 00</u>	- Erwerb der Stammeinlage an der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH

den Ansatz von 50 000 DM um 50 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Zur Begründung wird auf die lfd. Nr. 2 verwiesen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

5. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
-----------------------	----------------------------

die Einrichtung eines neuen Titels mit der Zweckbestimmung "Zuschüsse des Landes an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Durchführung von Beratungsmaßnahmen von Beschäftigungsinitiativen" und einem Ansatz von 1 000 000 DM auszubringen.

Begründung

Die freien Verbände führten zur Zeit Beratungsangebote für Beschäftigungsinitiativen durch. Es sei angebracht, daß das Land diese Aktivitäten unterstütze. Diesem Zweck diene der vorliegende Antrag.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

6. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                                                                                                  |
|-----------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen                                                                                                                                                                       |
| <u>Titelgruppe 70</u> | - Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser, zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie zur modellhaften Erprobung neuer Eingliederungsmaßnahmen |
| <u>Unterteil 1</u>    | - Zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen und sozialen Bereich                                                                                                                             |

den Ansatz von 2 400 000 DM um 2 400 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |                                                         |
|-----------------------|---------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen                              |
| <u>Titelgruppe 72</u> | - Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen |

den Ansatz von 74 200 000 DM um 5 000 000 DM auf 69 200 000 DM zu kürzen, und zwar bei

- |                    |                                                                     |
|--------------------|---------------------------------------------------------------------|
| <u>Unterteil a</u> | - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger |
|--------------------|---------------------------------------------------------------------|

von 60 450 000 DM um 10 000 000 DM auf 50 450 000 DM und bei

Unterteil b - Landeszuschüsse zu Maßnahmen nach § 96 des Arbeitsförderungsgesetzes

von 8 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 13 000 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 72</u>	- Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
<u>Titel 684 72</u>	- Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz von 14 000 000 DM um 1 250 000 DM auf 15 250 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 2 500 000 DM um 6 250 000 DM auf 8 750 000 DM zu erhöhen, und zwar für den

Unterteil c - Stammkräfte zur Projektentwicklung und -begleitung

#### Begründung

Es handele sich um einen Teil des Landesprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. 50 weitere Stammkräfte sollen ab 1. Juli 1986 für 3 Jahre mit einem Betrag von 50 000 DM pro Person und Jahr gefördert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |                                                                            |
|-----------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen                                                 |
| <u>Titelgruppe 73</u> | - Erleichterung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem |

den Ansatz von 4 500 000 DM um 4 500 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigungen von 13 500 000 DM um 13 500 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |                                                                                                               |
|-----------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen                                                                                    |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung |
| <u>Titel 526 90</u>   | - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben                                                        |

den Ansatz von 15 000 000 DM um 600 000 DM auf 14 400 000 DM zu kürzen.

Begründung

Im Jahre 1986 bestehe ein geringfügiger Minderbedarf.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.



11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
<u>Titel 526 90</u>	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die im Sachstandsbericht (Stand: Januar 1986) enthaltene Übersicht über den Stand des Programms und die Projektbeschreibungen begründeten nicht ausreichend die im Haushaltsentwurf vorgesehene deutliche Erhöhung des Ansatzes. Eine Kürzung sei demnach geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

12. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
<u>Titel 526 90</u>	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 000 000 DM um 15 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

13. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 91</u>	- Sozial- und arbeitswissenschaftliche Untersuchungen
<u>Titel 526 91</u>	- Kosten für Untersuchungsvorhaben und Sachverständige

den Ansatz von 1 500 000 DM um 1 000 000 DM auf 500 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

14. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 683 00</u>	- Zuschuß an die NOWEA-Messegesellschaft mbH, Düsseldorf, zu den Kosten des Rehabilitationskongresses 1987

den Ansatz von 30 000 DM um 30 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 30 000 DM um 30 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Der Kongreß werde nicht in Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

15. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 684 11</u>	- Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

den Ansatz von 20 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 25 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen werde wesentlich von Engagement der freien Verbände geprägt. Aus diesem Grunde erscheine zur Sicherstellung eines qualifizierten Angebots eine Erhöhung des Ansatzes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 684 19</u>	- Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"

den Ansatz von 25 000 000 DM um 45 300 000 DM auf 70 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe sollten - entsprechend der ursprünglichen Absicht des Landesgesetz-

gebers - in voller Höhe an die Stiftung für Wohlfahrtspflege abgeführt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen

den Ansatz von 3 500 000 DM um 3 500 000 DM auf 7 000 000 DM zu erhöhen, und zwar bei

<u>Titel 653 60</u>	- Kommunale Träger
---------------------	--------------------

von 500 000 DM um 500 000 DM auf 1 000 000 DM und bei

<u>Titel 684 60</u>	- Freie gemeinnützige Träger
---------------------	------------------------------

von 3 000 000 DM um 3 000 000 DM auf 6 000 000 DM.

#### Begründung

Der Ansatz des Vorjahres soll wiederhergestellt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

18. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 70</u>	- Förderung von sozialen Einrichtungen

den Ansatz von 7 300 000 DM um 3 000 000 DM auf 10 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Förderung von Tageseinrichtungen und Pflegeheimen für geistig und mehrfach Behinderte müsse neben der Bezuschussung der Werkstätten für Behinderte ein Schwerpunkt der sozialen Arbeit des Landes sein.

Angesichts des Standes an unerledigten Anträgen in Höhe von mehr als 10 Mio DM müsse die von der Landesregierung vorgesehene Ansatzkürzung gegenüber 1985 rückgängig gemacht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 80</u>	- Förderung von Werkstätten für Behinderte

den Ansatz von 7 400 000 DM um 2 000 000 DM auf 9 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Zum 1. Januar 1986 lägen unerledigte Anträge in Höhe von 80 Mio DM vor. Nach einer Erhebung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe müssten bis zum

Jahre 1990 noch 12 000 weitere Werkstattplätze geschaffen werden. Aus diesem Grunde sei eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

20. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                             |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 531 00</u>   | - Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG                                                                                  |

den Ansatz von 190 000 DM um 120 000 DM auf 310 000 DM zu erhöhen.

#### Begründung

Das kulturelle Erbe und die geistige Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens seien ein Teil der gesamtdeutschen Kultur. Deshalb komme den in § 96 BVFG gestellten Aufgaben große Bedeutung zu. Dies ergebe sich auch deutlich aus dem Aufruf des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zur Rettung ostdeutschen Kulturgutes. Aus diesem Grunde sei eine Erhöhung des Ansatzes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

21. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                             |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 531 00</u>   | - Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG                                                                                  |

den Ansatz von 190 000 DM um 40 000 DM auf 150 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung des Ansatzes sei im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

22. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                             |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 643 10</u>   | - Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes                           |

den Ansatz von 145 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 140 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Trotz des Anwachsens der Zahl der Asylanten sei der vorgesehene Haushaltsansatz als überhöht anzusehen. Eine Kürzung sei daher möglich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

23. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                             |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 684 11</u>   | - Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR                              |

den Ansatz von 1 750 000 DM um 100 000 DM auf 1 850 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

- |                    |                                                   |
|--------------------|---------------------------------------------------|
| <u>Unterteil 3</u> | - Zuwendungen in besonders gelagerten Härtefällen |
|--------------------|---------------------------------------------------|

von 850 000 DM um 100 000 DM auf 950 000 DM.

Begründung

Die sprachliche, gesellschaftliche und soziale Eingliederung der Spätaussiedler und der Deutschen aus der DDR müsse verstärkt fortgeführt werden. Dies gelte insbesondere für den Nachhilfeunterricht, der schwerpunktmäßig aus Unterteil 3 gefördert werde. Eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr könne daher nicht hingenommen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.



24. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                             |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 684 12</u>   | - Förderungsmaßnahmen im Aufgabenbereich des § 96 BVFG                                                                      |

den Ansatz von 440 000 DM um 90 000 DM auf 350 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung des Ansatzes sei im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

25. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|-----------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 070</u> | - Krankenhausförderung                                                                                                                                                                                                                                                       |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG a.F.) |

den Ansatz von 450 000 000 DM um 40 000 000 DM auf 490 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Im Lande Nordrhein-Westfalen sei im Krankenhausbereich ein ungedeckter Investitionsbedarf in Höhe von 2,5 Mrd. DM bis 3 Mrd. DM vorhanden, der kurzfristig mit dem bisherigen Verfahren der Direktfinanzierung nicht abgebaut werden könne. Daher sei der im Haushaltsentwurf zur Finanzierung neuer Umbau- und Sanierungsmaßnahmen vorgesehene Betrag von 10 Mio DM um den obengenannten Betrag von 40 Mio DM auf 50 Mio DM zu erhöhen und für Kapitaldienstzuschüsse zu verwenden.

Die Landesregierung werde ersucht, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Regelungen vorzulegen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

26. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |                                                                                                       |
|-----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <u>Kapitel 07 080</u> | - Maßnahmen für das Gesundheitswesen                                                                  |
| <u>Titelgruppe 71</u> | - Gesundheitserziehung, Förderung volksgesundheitlicher Bestrebungen und sozialhygienischer Maßnahmen |
| <u>Titel 684 71</u>   | - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen                                |

den Ansatz von 7 433 000 DM um 600 000 DM auf 8 033 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

- |                    |                                              |
|--------------------|----------------------------------------------|
| <u>Unterteil 4</u> | - Zuschüsse zur Bekämpfung der Suchtgefahren |
|--------------------|----------------------------------------------|

von 6 900 000 DM um 600 000 DM auf 7 500 000 DM.

Begründung

Mit diesem Erhöhungsbetrag sollen 10 weitere Drogenberatungsstellen in die Förderung einbezogen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. angenommen.

27. Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 72</u>	- Förderung von Kurorten im Lande Nordrhein-Westfalen

die Erläuterungen wie folgt zu berichtigen:

In der Übersicht "Abwicklung des Förderungsprogramms" wird die Zahl "4 000 000" durch die Zahl "2 750 000" und die Zahl "1 000 000" durch die Zahl "750 000" ersetzt. Dadurch ändern sich in der nachfolgenden Zeile "vorbehalten bleiben" die Zahlen "2 250 000" in "1 000 000" und "500 000" in "250 000". Die beiden letzten Zeilen "veranschlagt zusammen ..." und "vorbehalten bleiben ..." fallen ersatzlos weg.

Begründung

Es handelt sich hier nur um eine Druckfehlerberichtigung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

28. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 81</u>	- Gesundheitshilfe
<u>Titel 684 81</u>	- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen

den Ansatz von 7 486 000 DM um 130 000 DM auf 7 616 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

<u>Unterteil 2</u>	- Beratungsstellen für Familienplanung
--------------------	----------------------------------------

von 4 141 000 DM um 130 000 DM auf 4 271 000 DM.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Ausweitung der Förderung dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

29. Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Seuchenbekämpfung

die Erläuterungen wie folgt zu berichtigen:

In lfd. Nummer 3 werden die Zahlen "2 360" durch "1 880" ersetzt; in der letzten Spalte wird die Zahl "- 1 020" durch "- 1 500" ersetzt. In der Zeile "zusammen" ändern sich in der 3. Spalte die Zahl "2 840" in "2 360", in der Spalte "zusammen" die Zahl "6 374" in "5 894" und in der letzten Spalte die Zahl "- 1 420" in "- 1 900".

Begründung

Es handelt sich hier nur um eine Druckfehlerberichtigung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

30. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 430</u>	- Staatsbad Oeynhausen
<u>Titel 684 00</u>	- Zuschuß zu den Anlaufkosten des Herzzentrums an die Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH

den Ansatz von 850 000 DM um 850 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Nach Auskunft der Landesregierung habe das Herzzentrum in Bad Oeynhausen seinen Betrieb überraschend gut aufgenommen. Eine besondere Bezuschussung der Anlaufkosten sei daher nicht erforderlich, so daß der Ansatz gestrichen werden könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozial-

pädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische  
Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergeb-  
nisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die  
Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion  
der F.D.P. an.

Bräuer

Vorsitzender